

Dokumentation

ALLGEMEINE RICHTLINIEN FÜR DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERWALTUNG DER BESETZTEN OSTGEBIETE

Schon früh haben Historiker festgestellt, daß während des Zweiten Weltkriegs in der Verwaltung der von Deutschland besetzten Ostgebiete konfuse Verhältnisse herrschten¹. Seinerzeit witzelten selbst führende Nationalsozialisten, das zuständige Ministerium sollte statt „Ostministerium“ besser „Chaostministerium“ heißen². Wenn aber Historiker dieses Chaos bislang gewöhnlich als das Ergebnis administrativer Unfähigkeit, internen politischen Gerangels und der Konflikte zwischen Personen erklärten, so zeigt das hier vorgelegte Dokument, daß bereits vor Beginn der Besetzung auch fundamentale Auseinandersetzungen über die leitenden Prinzipien deutscher Besatzungspolitik im Spiele waren. Indem es die Unvereinbarkeit der in den besetzten Territorien verfolgten politischen und wirtschaftlichen Ziele erweist, liefert das Dokument zusätzliche Beweise für die These, daß der deutsche Einfall in die Sowjetunion nicht nur an seiner schlechten Durchführung, sondern ebenso an seiner falschen Konzeption scheiterte.

Der Autor des abgedruckten Memorandums, Otto Bräutigam, verfügte 1941, nachdem er auf sechs verschiedenen diplomatischen Posten in der Sowjetunion Dienst getan hatte, über eine ungewöhnliche Kenntnis sowjetischer Angelegenheiten³. Während seiner Tätigkeit in Rußland war er zum Spezialisten für die sowjetische Landwirtschaft geworden; auf seine Studien gestützt, schrieb er dann das Buch „Die Landwirtschaft in der Sowjetunion“⁴. Im Frühjahr 1941 begann Alfred Rosenberg, von Hitler entsprechend instruiert, einen Stab von Sowjetexperten zu sammeln, der sich zum Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete entwickelte⁵. Rosenberg ersuchte um Bräutigams Versetzung vom Auswärtigen Amt zum Ostministerium, damit er als Stellvertreter Georg Leibbrandts Verwendung finden konnte, der die Politische Abteilung des neuen Ministeriums leitete. Bräutigams Memorandum überliefert die Vorstellungen der genannten drei Männer am Vor-

¹ Vor allem Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1944*, Düsseldorf 1958, und Gerald Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut, Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1962.

² Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–43, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 138.

³ Vgl. Otto Bräutigams eigenen Lebensbericht: *So hat es sich zugetragen*, Würzburg 1968. Bräutigam machte sich auch einen Ruf als Verfasser einer scharfen Kritik an der deutschen Besatzungspolitik, die das Datum 25. Oktober 1942 trägt (Nürnb. Dok. PS-294); vgl. Dallins Analyse des Dokuments, a. a. O., S. 159 ff.

⁴ Berlin 1941.

⁵ Bräutigam, S. 297 ff.

abend des deutschen Angriffs; es ist die wohl klarste Darlegung der politischen Zielsetzung des Ostministeriums, die uns zur Verfügung steht. Diese politische Zielsetzung wurzelte in den ideologischen Prinzipien, die Hitler und Rosenberg mehr als fünfzehn Jahre zuvor formuliert hatten⁶. Nach ihrer Ansicht stellte die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkes und der nordischen Rasse dar; die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten bedeutete daher zugleich die Unterwerfung des ideologischen und Rassenfeinds. Den entarteten Zentralisierungstendenzen des sowjetischen Regimes mußte durch eine politische Aufteilung der Ostgebiete nach ethnischen Grenzen begegnet werden. Bei dem Kreuzzug gegen den Bolschewismus rechnete das Ostministerium mit der Unterstützung jener ethnischen Gruppen, die mit der sowjetischen Herrschaft am unzufriedensten waren, aber eine solche Politik erforderte eine klare Differenzierung zwischen den Nationalitäten im Osten und eine angemessene Behandlung jeder Nationalität. Sie verlangte ferner die besondere Beachtung des Problems der Agrarorganisation, da Stalins Kollektivierung der Landwirtschaft eine Massenunzufriedenheit unter den Bauern der Sowjetunion provoziert hatte.

Die für das besetzte sowjetische Gebiet ins Auge gefaßte Wirtschaftspolitik ging jedoch von ganz anderen Prämissen aus. Als Hermann Göring, der für den Vierjahresplan zuständig war, von Hitlers Absicht erfuhr, die Sowjetunion anzugreifen, erörterte der „Reichsmarschall“ die wirtschaftlichen Aspekte des Unternehmens mit einer Gruppe beamteter Wirtschaftsexperten⁷. Im Januar 1941 wollte Göring von der gleichen Gruppe detaillierte Informationen über die wirtschaftlichen Rückwirkungen eines Krieges gegen die UdSSR haben. Abgesehen von Herbert Backe, dem Staatssekretär im Ernährungsministerium, wetterten alle Experten über den bei einem Krieg drohenden Verlust an Getreide, Öl, Mangan, sonstigen Metallen und anderen lebenswichtigen Importen aus der Sowjetunion⁸. Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, Georg Thomas, übersandte Göring einen dreißig Seiten langen Bericht, in dem die üblen wirtschaftlichen Konsequenzen eines Angriffs auf Rußland statistisch dokumentiert waren⁹. Göring hatte jedoch selbst schon derartige Argumente vorgebracht, als er vergeblich versuchte, Hitler von seinem Vorhaben abzubringen. Daher schob er, als Thomas seinen Bericht persönlich erläuterte, dessen Bedenken brüsk beiseite und verkündete seinen Entschluß, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Festlegung einer Besatzungspolitik zu überwinden, die ganz anders aussehe als die in Polen und in den

⁶ Axel Kuhn, *Hitlers außenpolitisches Programm*, Stuttgart 1970, S. 104 ff.; Walter Laqueur, *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965, S. 62 ff.; Rosenberg-Denkschrift Nr. 1, 2. April 1941, Nürnberg. Dok. PS-1017.

⁷ Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45*, Boppard 1966, S. 267.

⁸ Aussage Paul Körner v. 30. Juli 1948, *Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals*, Washington 1951 ff., XII, S. 1318 ff.

⁹ Thomas, S. 267 f., 515 ff.

westlichen Okkupationsgebieten verfolgte Politik¹⁰. Jedenfalls sei ein kompletter Verwaltungsapparat erforderlich, der die zentralisierte Wirtschaftsverwaltung des Sowjetstaats ersetzen könne. Thomas bekam dann den Auftrag, den Wirtschaftsstab Ost aufzubauen, jene Organisation, die den vordringenden Truppen auf dem Fuße folgen sollte, um die Zerstörung von Vorräten und wichtigem Material zu verhindern und sie für den deutschen Bedarf zu retten¹¹.

Die gleiche Gruppe von Experten aus den beteiligten Ministerien formulierte die allgemeinen Prinzipien, denen der Wirtschaftsstab Ost bei der Verwaltung der sowjetischen Wirtschaft folgen sollte. Backe, der in Batum geboren worden war und bis zur Revolution in Rußland gelebt hatte, glaubte, daß es möglich sei, wieder einen russischen Getreideexport zu erreichen, wie es ihn vor 1914 gegeben hatte; man müsse nur die unter den Bolschewiken durchgeführte „unnatürliche“ Industrialisierung rückgängig machen. Die landwirtschaftlichen Überschüsse der Schwarzerdegebiete seien vom Sowjetregime abgeleitet worden, um die Arbeiter in den Städten und die Bevölkerung der unfruchtbaren Regionen zu füttern. Unter deutscher Herrschaft, so argumentierte Backe, könne der Getreidestrom wieder nach Mitteleuropa gelenkt werden und jährlich sieben bis zehn Millionen Tonnen Getreide für den deutschen Bedarf liefern¹².

Als Bräutigam die sogenannte Grüne Mappe sah, eine streng geheime Sammlung der Direktiven für den Wirtschaftsstab Ost, die am 16. Juni 1941 verteilt wurde, erkannte er sofort die Unvereinbarkeit der Direktiven mit den Zielen des Ostministeriums. Er stieß z. B. auf folgende Sätze: „I. Nach den vom Führer gegebenen Befehlen sind alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Dagegen sind alle Maßnahmen zu unterlassen oder zurückzustellen, die dieses Ziel gefährden könnten. II. Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion.“¹³

Als Spezialist für Landwirtschaft fand Bräutigam die Erwartung, Deutschland könne sofort seine Hand auf große Quantitäten sowjetischen Getreides legen, besonders unrealistisch, und er wandte sich scharf gegen die Weisung, den „Abfluß

¹⁰ Aufzeichnung Thomas über die Unterredung mit Göring am 26. Februar 1941, Nürnab. Dok. NI-7291; Aussage Görings v. 15. März 1946, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 1947, Band IX, S. 390 f.

¹¹ Aufzeichnung über die Konferenz bei Thomas am 28. Februar 1941, PS-1517; Memorandum für Thomas vom 3. Mai 1941, Nürnab. Dok. EC-38; Thomas, S. 266 f.

¹² Herbert Backe, Die russische Getreidewirtschaft als Grundlage der Land- und Volkswirtschaft Rußlands, Berlin 1941; Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft v. 23. Mai 1941, Nürnab. Dok. EC-126; Karl Brandt, Management of Agriculture and Food in the German-occupied and Other Areas of Fortress Europe, Stanford 1953, S. 57 f.

¹³ Richtlinien für die Führung der Wirtschaft, Nürnab. Dok. PS-1745, S. 3.

in die landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Mittel- und Nordrußlands . . . rücksichtslos zu unterbinden“¹⁴.

Da Leibbrandt ebenfalls der Meinung war, daß eine solche Politik jede Bemühung durchkreuzen würde, die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung zur Zusammenarbeit zu gewinnen, legten sie die Grüne Mappe Rosenberg vor, der zunächst allerdings vornehmlich an seinem relativ bescheidenen Platz auf der Verteilerliste Anstoß nahm¹⁵. Dann aber hat sich Rosenberg, wenngleich er nicht versuchte, eine Rücknahme der Grünen Mappe zu erreichen, immerhin entschlossen, eine die Wirtschaftsdirektiven begleitende Erklärung der politischen Gesichtspunkte des Krieges herauszugeben. Er bat Bräutigam um einen Entwurf, den dieser am folgenden Tag auch unterbreitete. Rosenberg akzeptierte den Entwurf mit nur unbedeutenden Änderungen, unterzeichnete die Erklärung jedoch nicht, sondern ließ sie mit einem Begleitschreiben zirkulieren¹⁶. Wenig später, fast sofort nach dem Beginn des deutschen Angriffs, zog er die Erklärung sogar wieder zurück, weil das Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan gegen ihren Inhalt Widerspruch erhob¹⁷. So hat das Dokument nur in den Akten des Ostministeriums überlebt.

Entgegen der Absicht Görings, ein Maximum lebenswichtiger Güter zu erbeuten, sagt Bräutigams Memorandum eindeutig: „Der Krieg gegen die Sowjetunion ist ein politischer Feldzug, kein wirtschaftlicher Raubzug.“ Bräutigam hebt jene Faktoren hervor, die eine größere Beute an Getreide unwahrscheinlich machten. Wenn Deutschland sich die politische Unterstützung der Ukrainer, der Weißrussen und der baltischen Völker sichern wolle, könne es sogar gezwungen sein, ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln vorübergehend durch Rückgriffe auf deutsche Reserven zu gewährleisten – diesen Hinweis fand das Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan besonders anstößig¹⁸.

Rosenbergs unsichere Haltung erklärt sich daraus, daß er einerseits die in Bräutigams Memorandum formulierte Auffassung teilte, andererseits aber eine offene Herausforderung Görings scheute. In einer Rede, die er am 20. Juni 1941 hielt, suchte er darzutun, daß die Politik des Ostministeriums die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine erleichtern würde: „Es ist ein Unterschied, ob ich 40 Millionen Menschen nach einigen Jahren zur freiwilligen Mitarbeit gewonnen habe oder hinter jeden Bauern einen Soldaten stellen muß.“¹⁹ Während er die Berechtigung der Ziele Görings zugab, bemühte er sich zugleich um eine Milderung ihrer politischen Konsequenzen, und zwar durch eine engere Koordinierung seiner eigenen Politik mit der Politik Görings. Zu diesem Zweck konferierte er mit Thomas und

¹⁴ Bräutigam, S. 316 f. Die zitierten Sätze sind in dem Exemplar der Grünen Mappe, das sich in Rosenbergs Akten fand, handschriftlich unterstrichen, Nürnbg. Dok. PS-1743, S. 4.

¹⁵ Bräutigam, S. 315 f. Rosenberg erhielt Exemplar Nr. 33.

¹⁶ Briefliche Mitteilung Bräutigams v. 5. Februar 1976.

¹⁷ Bräutigam, S. 323.

¹⁸ A. a. O.

¹⁹ Nürnbg. Dok. PS-1058.

Backe, mit dem Staatssekretär für den Vierjahresplan, Paul Körner, mit dem Chef des Wirtschaftsstabs Ost, General Wilhelm Schubert, und mit den für Industrie bzw. für Landwirtschaft zuständigen Funktionären des Wirtschaftsstabs, Gustav Schlotterer und Hans-Joachim Riecke, die beide gleichzeitig Abteilungsleiter in Rosenbergs Ministerium wurden²⁰. Derartige Schritte führten zwar zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit in Routinefragen, doch bestätigte Hitlers Weisung vom 29. Juni Görings Entscheidungsbefugnis in allen mit der Wirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete zusammenhängenden Problemen²¹. Die einzige Konzession an Rosenberg war der Beschluß, die Veröffentlichung der Weisung zurückzuhalten und so eine fanfarenhafte Proklamierung der Ausbeutungspolitik zu vermeiden²².

Hitler hatte damit die Auseinandersetzung zwischen Göring und Rosenberg halbwegs geschlichtet, doch keineswegs den zugrunde liegenden prinzipiellen Konflikt gelöst. Als er sich der ersten größeren strategischen Entscheidung über die Fortsetzung des neuen Feldzugs gegenüber sah, fand ihn sein Heeresadjutant ratlos: „Er schlafe deswegen nachts nicht, da er sich noch nicht im klaren über manches sei. In seiner Brust rängen zwei Seelen, die politisch-weltanschauliche und die wirtschaftliche.“²³ Solche Entscheidungen waren für ihn schwierig, da er weder auf das eine noch auf das andere Ziel verzichten wollte. Wie die Vorgänge um das Bräutigam-Memorandum zeigen, ließ sich Hitler auf das militärische Unternehmen, das er als die Kulmination seiner ganzen Laufbahn ansah, ein, ohne zu erkennen, daß die politischen und die wirtschaftlichen Ziele des Unternehmens nicht in Einklang zu bringen waren.

Robert Gibbons

²⁰ A. Rosenberg, Bericht über die vorbereitende Arbeit in Fragen des osteuropäischen Raumes, 28. Juni 1941, Nürnbg. Dok. PS-1059.

²¹ Nürnbg. Dok. EC-207.

²² Lammers an Keitel, 20. Mai 1941, Nürnbg. Dok. PS-1188.

²³ Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. v. Hildegard v. Kotze, Stuttgart 1974, S. 107.

Dokument

*Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung
der besetzten Ostgebiete²⁴*

Der Feldzug gegen die Sowjetunion ist ein Unternehmen von größter politischer Tragweite. Es bezweckt, die Gefahr für immer zu bannen, die Deutschland von einem mächtigen, wirtschaftlich voll entwickelten und organisierten Staat östlich seiner Grenzen droht.

Diese Gefahr ist umso größer, als die Sowjetregierung aus ihren aggressiven Absichten niemals einen Hehl gemacht hat. Sie hat immer wieder betont, daß die Zukunft der Sowjetunion erst dann gesichert sei, wenn alle Staaten bolschewistisch geworden seien, d. h. wenn die Weltrevolution gesiegt habe. Ihr ganzes Denken und Trachten wurde ausschließlich in den Dienst dieses Entscheidungskampfes gestellt, der nicht terminmäßig festgelegt wurde, sondern in einem für die Sowjetunion günstigen Zeitpunkt, am besten im Endstadium eines die Mächte erschöpfenden Krieges, herbeigeführt werden sollte. Sie hat die ganze Wirtschaft des ungeheuren Raumes, den sie beherrscht, seit Beginn ihres Bestehens in den Dienst einer gigantischen Aufrüstung gestellt ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, die zwar reichlich mit kommunistischen Phrasen, aber nur höchst ungenügend mit Brot versorgt wurde.

Zur Durchführung der weltrevolutionären Pläne wurde die Kommunistische Internationale ins Leben gerufen, die Dachorganisation für die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt. In diesen Parteien wurde unablässig gegen die Regierungsform des betreffenden Landes die schärfste Propaganda betrieben. Es wurde auf den Parteiversammlungen und Sitzungen der Komintern offen ausgesprochen, daß das Endziel der kommunistischen Propaganda der Generalstreik mit anschließendem Bürgerkrieg und gewaltsamer Machtergreifung durch die kommunistische Partei sei. In zäher Kleinarbeit suchte man die Staaten von innen auszuhöhlen, bis sie eine reife Frucht für die erwähnte Aktion geworden wären. Für den Fall des Krieges wurde an alle Mitglieder der kommunistischen Partei die Weisung gegeben, die Waffen umzukehren und sie gegen die eigenen Offiziere und politischen Führer zu richten.

Dieser aggressive Sowjetimperialismus kam in den letzten beiden Jahren deutlich zum Ausdruck, als die Sowjetregierung die Schwäche ihrer nördlichen und westlichen Nachbarn und die Engagierung Deutschlands benutzte, um sich Estland, Lettland und Litauen, den größten Teil von Polen, Teile von Finnland sowie Bessarabien und Nordbuchenland anzueignen²⁵. Die Eroberung dieser Gebiete

²⁴ Records of the Reich Ministry for the Occupied Eastern Territories, 1941–1945, National Archives Microcopy T-454, roll 23, frames 215–221. Bräutigam hat dieses Memorandum als das in seinen Memoiren erwähnte identifiziert; briefl. Mitt. Bräutigams v. 5. Februar 1976.

²⁵ Alle diese Gebiete fielen in den Interessenbereich, den der Molotow-Ribbentrop-Pakt v. 23. August 1939 der Sowjetunion zugewiesen hatte.

wurde entsprechend der kommunistischen Ideologie als eine Befreiung des unter dem kapitalistischen Joch schmachenden Proletariats von seinen Ausbeutern hingestellt, ein Beweis dafür, daß die Parolen der von Kreml gesteuerten Kommunistischen Internationale keinerlei Abwandlungen erfahren haben. Selbstverständlich wurden auch die neu erworbenen Gebiete sofort in ein gewaltiges Waffenarsenal umgewandelt. Rote Truppen wurden dort in derartigen Massen konzentriert, daß sie eine ständige Bedrohung für die deutsche Grenze bildeten.

Bei dieser Sachlage wäre ohne Lösung des Ostproblems selbst nach siegreicher Beendigung des Krieges gegen England Deutschland eine friedliche Entwicklung nicht beschieden gewesen. Die bolschewistische Gefahr hätte für uns fortbestanden und Deutschland hätte seine Rüstung der ständig steigenden Rüstung der Sowjetunion anpassen müssen. Aber selbst die beste Rüstung hätte Deutschland nicht genügend geschützt, da bei dem jetzigen Stand der Luftwaffe und angesichts der neuen sowjetischen Gebietseroberungen die Sowjetregierung von vornherein in der Lage gewesen wäre, Deutschland eines für die Kriegsführung wichtigen Rohstoffes zu berauben. Innerhalb weniger Stunden hätten die lebenswichtigen Erdölvorkommen in Rumänien zerstört werden können.

Gegen diese Gefahren muß Deutschland ein für allemal geschützt werden und dies muß dadurch geschehen, daß nach Niederrichtung der Roten Armee die Sowjetunion in erster Linie nach völkischen Gesichtspunkten aufgegliedert wird und die im Osten an Deutschland angrenzenden nichtrussischen Gebiete in ein enges politisches Verhältnis zu Deutschland gebracht werden.

Hierbei ist geplant, die früheren Baltenstaaten und Weißruthenien zu einem Gebilde zusammenzufassen, wobei die beiden nördlichen Gebiete Estland und Livland weit nach Osten bis kurz vor Leningrad ausgreifen sollen, um damit auch Raum für evtl. Umsiedlungen zu schaffen.

Ferner ist beabsichtigt, die ukrainische Selbständigkeit wieder erstehen zu lassen²⁶. Das Kommissariat Ukraine soll nach Osten weit über die gegenwärtige Sowjet-Ukraine hinausgreifen. Der Grund hierfür ist, auch für die verhältnismäßig dicht bewohnte Ukraine Siedlungsgebiete zu schaffen vor allem auch für die zahlreichen inner- und außerhalb der Sowjet-Union zerstreut lebenden Ukrainer. Auch die deutsche Wolga-Republik wird in den Ukrainischen Staat einbezogen werden, um sie dem russischen Einfluß ganz zu entziehen.

Endlich ist im Süden die Bildung eines kaukasischen Gebietes vorgesehen, der die Transkaukasischen Republiken Georgien, Aserbeidschan und Armenien sowie den Nordkaukasus mit seinen Kosakengebieten und Bergvölkern umfassen soll. Prophezeiungen über einzelne Formen dieser Gebiete sollen jetzt noch nicht gemacht werden.

Der dann übrigbleibende russische Staat ist von den gegenwärtigen deutschen Grenzen weit abgedrängt und wird in seinem westlichen Teil von Norden und

²⁶ Vgl. hierzu John A. Armstrong, *Ukrainian Nationalism*, New York 1963.

Süden umklammert. Sein Schwergewicht dürfte der eigentlichen Bevölkerung entsprechend am Ural, wenn nicht in Sibirien liegen.

Es bedarf kaum besonderer Erwähnung, daß nach Erreichung dieses politischen Zieles nicht nur eine Gefahr von Deutschland abgewandt ist, sondern Deutschland auch einen gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Machtzuwachs erhält. Dieser ist so bedeutend, daß der Friede für absehbare Zeit gesichert erscheint, zumal Deutschland und mit ihm Europa durch die Gewinnung aller wichtigen Rohstoffe blockadefest wird.

Bei der angegebenen politischen Zielsetzung ist es erforderlich, von vornherein die Sympathien der breiten Masse der Bevölkerung der erstgenannten drei Kommissariate zu gewinnen. Das ist bei einigermaßen geschicktem Vorgehen möglich. Die jahrelange Unterdrückungspolitik und Mißwirtschaft des Bolschewismus, der die von ihm besetzten Länder von einer Katastrophe zur anderen geführt hat, gibt uns ein Kapital von unschätzbarem Wert in die Hand. Dieses Kapital muß ausgenutzt werden. Deutschland muß die Macht sein, die den Bolschewismus zertrümmert, und der Führer muß von den Völkern der Sowjetunion als Befreier vom bolschewistischen Joch gefeiert werden, damit wir die Mitarbeit von 100 Millionen für das europäische Aufbauwerk gewinnen.

Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Behandlung des Landes und der Bevölkerung. Der Krieg gegen die Sowjetunion ist ein politischer Feldzug, kein wirtschaftlicher Raubzug. Das eroberte Gebiet darf also als Ganzes nicht als ein Ausbeutungsobjekt betrachtet werden, selbst wenn auch die deutsche Ernährungs- und Kriegswirtschaft größere Gebiete beanspruchen muß.

Das Land wird nach allen bolschewistischen Leiden durch den Krieg zunächst noch weitere große Entbehrungen erdulden müssen. Die Bevölkerung wird hierfür Verständnis aufbringen und keinen Haß dem Eroberer gegenüber hegen, wenn sie sieht, daß dieser sich nach Kräften bemüht, die angerichteten Schäden zu beseitigen. Durch die Propaganda werden große Hoffnungen in der Bevölkerung geweckt, die ohnehin in ihrer Hochachtung vor dem deutschen Schaffens- und Erfindergeist Großes von uns erwartet. Die Bauernschaft wird in erster Linie an der Frage des landwirtschaftlichen Kollektivsystems interessiert sein. Selbstverständlich kommt eine Auflösung der Kollektive aus den bekannten wirtschaftlichen Gründen vorläufig nicht in Betracht²⁷. Eine Auflockerung könnte indessen nach Stabilisierung der Verwaltung in die Wege geleitet werden, wobei über die Einzelheiten noch zu sprechen wäre. Das Volk ist von den Bolschewiken jahrelang mit leeren Versprechungen abgespeist worden. Es muß unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, daß auch wir nur mit hochtrabenden Versprechungen kommen, die Erfüllung aber sehr auf sich warten läßt. Das Schlimmste, was vom politischen

²⁷ Unter Hinweis auf das wahrscheinliche Gebalge um Land und auf die Unmöglichkeit, für Familienbetriebe eine ausreichende Zahl deutscher Verwalter zu finden, schloß die Direktive für den Wirtschaftsstab Ost: „Voraussetzung für eine solche Erzeugungsschlacht und gleichzeitig Voraussetzung für die Möglichkeit einer Erfassung der Überschüsse ist die Beibehaltung der Großbetriebe (Kolchose und Sowchose).“ Nürnbg. Dok. EC-126, S. 10.

Gesichtspunkt aus eintreten könnte, wäre, daß das Volk angesichts wirtschaftlicher Ausbeutungsmaßnahmen zu dem Ergebnis kommt, daß das jetzige Regime ihnen größere Not bereitet als der Bolschewismus. Dann hätte Deutschland das bewirkt, worum sich die Bolschewiken 23 Jahre lang vergeblich bemüht haben, nämlich die Aussöhnung der Völker der Sowjetunion mit dem kommunistischen System.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht würde sich eine Enttäuschung des Volkes, vor allem der Bauern, äußerst ungünstig auswirken. Ohne eine willige Mitwirkung der Bauern ist eine wesentliche Erfassung von Getreide auf die Dauer überhaupt nicht möglich. Das hat sich bereits 1917/1918 gezeigt, als es Deutschland trotz seiner Besetzung von 750 000 Mann nicht gelang, den passiven Widerstand der Bauern zu brechen und nennenswerte Getreidevorräte abzutransportieren²⁸. Selbst die Bolschewiken haben es in der Zeit des „Kriegskommunismus“ trotz rücksichtsloser Terrormaßnahmen nicht fertiggebracht, die verhältnismäßig geringen Getreidemengen, die sie zur Ernährung der großen Städte benötigten, den Bauern abzupressen.

Andererseits wird es möglich sein, bei williger Mithilfe der Bauernschaft nach einer kurzen Anlaufzeit außerordentliche Erfolge auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu erzielen. Dies setzt aber von vornherein einen geordneten Wirtschaftsausbau voraus. Die Landwirtschaft darf nicht, um augenblicklichen Bedürfnissen Deutschlands oder anderer Staaten Europas zu genügen, völlig desorganisiert werden. Dies könnte aber leicht der Fall sein, wenn man bereits mit einem festen Plan kommt, eine bestimmte Getreidemenge schon aus der diesjährigen Ernte zu erfassen. Hier scheint man sich Illusionen hinzugeben. Es sind bereits Ziffern von 7 und 10 Millionen Tonnen Getreide genannt worden, die man in den besetzten Ostgebieten zu erfassen hofft. Ein irgendwie gearteter fester Plan kann aber in dieser Hinsicht überhaupt nicht aufgestellt werden. Es ist ebenso gut möglich, daß wir Getreideüberschüsse erfassen, wie auch, daß wir der Bevölkerung mit Ausnahme der russischen Gebiete noch mit eigenen Vorräten aushelfen müssen. Es muß damit gerechnet werden, daß durch die Kriegsmaßnahmen große Verheerungen angerichtet werden, daß die Millionenheere auf beiden Seiten die vorgefundenen Vorräte erfassen und vor allem den Viehbestand erheblich reduzieren, endlich auch, daß die Rote Armee bei ihrem Rückzug systematisch die Getreidevorräte, Erdölbestände und Vieh vernichtet, um sie nicht in deutsche Hände fallen zu lassen. Bei der vor-

²⁸ In einem Protokoll mit den Mittelmächten, das am 7. Februar 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet und in der Wirtschaftskonvention vom 23. April 1918 bestätigt wurde, sagte die ukrainische Rada die Lieferung von 1 Million Tonnen Lebensmittel zu. Die Unfähigkeit, diese Verpflichtung zu erfüllen, führte zu Zwangsrequisitionen durch deutsche und österreichische Truppen, was wiederum unter den ukrainischen Bauern zunehmend Feindseligkeit provozierte. Wenn man den Schmuggel und die inoffiziellen Beschlagnahmen hinzurechnet, dürften während der österreichisch-deutschen Besetzung rund 1,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel aus der Ukraine herausgeholt worden sein. Vgl. Oleh S. Fedyshyn, *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution 1917-1918*, New Brunswick 1971, S. 116 ff., 184 ff.

geschrittenen Jahreszeit muß unter allen Umständen bereits mit einem Abbrennen der Getreidefelder gerechnet werden. Falls kein Treibstoff bei den Maschinentraktorenstationen vorgefunden wird und der Nachschub, was wahrscheinlich ist, nicht sofort reibungslos durchgeführt werden kann, wird die Durchführung der Erntearbeiten auf große technische Schwierigkeiten stoßen²⁹.

Es muß also erreicht werden, daß die landwirtschaftlichen Betriebe intakt bleiben und der Bauer willig seine Mitarbeit anbietet. Ein Substanzverlust, vor allem an Vieh, könnte die Landwirtschaft auf viele Jahre hinaus auf das schwerste schädigen und unsere Aufbauarbeit hemmen. Die Getreideerfassung muß ausschließlich davon abhängig gemacht werden, inwieweit Überschüsse vorhanden sind, die erfaßt werden können, ohne die Fortführung der Landwirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung *wesentlich* zu beeinträchtigen. Es würde schon eine ungeheure Leistung sein, wenn erreicht würde, daß das Millionenheer zu einem bedeutenden Teil sich aus dem Lande ernährt³⁰.

Aus politischen Gründen ist ferner noch eine *unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Völker*³¹ erforderlich. Da die Baltenstaaten, Weißruthenien, die Ukraine und der Kaukasus auch nach Beendigung des Krieges mit dem Deutschen Reich in enger politischer und wirtschaftlicher Verbindung bleiben sollen, ist vor allem diesen Völkern gegenüber jede Maßnahme ausbeuterischer Natur zu vermeiden, denn es würde später unmöglich sein, gegen den Haß einer Bevölkerung von 80 Millionen zu regieren³².

Selbstverständlich dürfen die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht zu kurz kommen. Eine Erfassung von Vorräten aber in einem Umfange, der die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur Verzweiflung treibt und Haß gegen Deutschland erzeugt, kann im besten Falle vielleicht eine augenblickliche Erleichterung bringen, keinesfalls aber auf lange Sicht den deutschen Interessen dienlich sein. Ziffern wie die oben genannten 7 oder 10 Millionen Tonnen Getreide, deren Erfassung erhofft wird, entbehren jeder realen Grundlage. Auch spielt das Transportproblem eine ausschlaggebende Rolle. Es muß daher unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß für Deutschland bestimmte Waren nicht in einem Umfange erfaßt werden, der transportmäßig nicht bewältigt werden kann und evtl. unnütz verdirbt.

²⁹ Diese Schwierigkeiten hat nicht nur Bräutigam vorhergesehen. Vgl. Thomas, S. 267 f., und Robert Gibbons, *Opposition gegen „Barbarossa“ im Herbst 1940*, Eine Denkschrift aus der deutschen Botschaft in Moskau, in dieser Zeitschrift 23 (1975), S. 339 ff.

³⁰ Als eine Staatssekretärskonferenz am 2. Mai 1941 festlegte, die gesamte Wehrmacht müsse aus Rußland ernährt werden, lieferte das Memorandum in den Akten Thomas' folgenden Kommentar: „Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Nürnberg. Dok. PS-2718.

³¹ Hervorhebungen im Original.

³² Bräutigam betonte die Notwendigkeit einer ethnischen Differenzierung in der Agrarpolitik deshalb, weil die Opposition gegen die Kollektivierung bei den erst 1939/40 zur UdSSR gekommenen Nationalitäten am frischesten und stärksten war. Vgl. Otto Bräutigam, *Die Landwirtschaft in der Sowjetunion*, a. a. O., S. 145 ff.